

(Es gilt das gesprochene Wort)

Einbringung des Haushaltsentwurfs 2016 am 22.10.2015

Haushaltsrede des Kämmerers
Kreisdirektor Martin M. Richter

Sehr geehrter Herr Landrat,

meine sehr geehrten Damen und Herren Kreistagsabgeordnete,

seit Wochen überlagert die Flüchtlingssituation alle anderen Themen.

Bei Besuchen unserer Notunterkunft, bei den Krisenstabssitzungen und auch in meiner Funktion als Kämmerer erlebe ich dabei hautnah mit, welche inhaltlichen und finanziellen Anstrengungen notwendig sind, um geordnete Abläufe zu entwickeln und zu garantieren.

Da den Flüchtlingen auch in den nächsten Wochen die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit garantiert ist, möchte ich Ihren Blick auf einige andere, für den Kreis Mettmann ebenfalls wichtige Themen lenken.

Vor Ihnen liegt ein Zahlenwerk, das Kreisaufgaben im Wert von 556 Mio. € umfasst. Mit diesen 556 Mio. € erzeugt der Kreis Mettmann Wirkungen im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger im Kreis Mettmann.

Den Aufwendungen von 556 Mio. € stehen Erträge in gleicher Größenordnung gegenüber.

Der gesetzlichen Pflicht aus § 75 II 1 GO NRW entsprechend legen wir Ihnen also nach Jahren der geplanten Inanspruchnahme der inzwischen aufgezehrten Ausgleichsrücklage nun einen ausgeglichenen Haushalt vor.

Die Städte fordern in ihrer gemeinsamen Stellungnahme zum Eckdatenpapier, auch die Allgemeine Rücklage in Millionenhöhe planmäßig zu verzehren. Schließlich hätte der Kreistag die Ausgleichsrücklage in dieser Größenordnung bei Einführung des NKF bilden können.

Dem vermag ich aus zwei Gründen nicht zu entsprechen.

Zum einen hat der Kreistag die Entscheidung, auf eine Ausgleichsrücklage zu verzichten, ganz bewusst getroffen. Am wesentlichen Grund – nämlich dem Erhalt des Eigenkapitals des Kreises – hat sich bis heute nichts geändert.

Zum anderen ist der Gesetzgeber bei dem von mir vorhin erwähnten Allgemeinen Haushaltsgrundsatz auch nicht miss zu verstehen. „Der Haushalt muss in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein.“ Darauf weist die Kommunalaufsicht der Bezirksregierung regelmäßig hin, zuletzt bei der letzten Haushaltsgenehmigung

Der größte Ertragsposten ist die Kreisumlage mit ca. 366,9 Mio. €, was einem Hebesatz von 36,5% entspricht.

Ich kann hier und heute sagen, nur noch 366,9 Mio. €; nachdem noch im Eckdatenpapier 368,9 Mio. € vorgesehen waren und nach dessen Versand noch eine Wohngeldverschlechterung von einer halben Mio. € avisiert wurde.

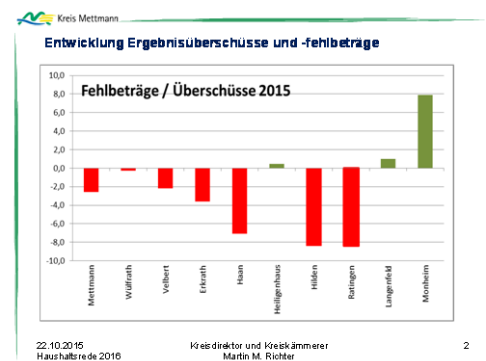
In einem ersten Prozess ist es dem Haus im Rahmen der Arbeit der neu eingerichteten Finanzstrukturkommission gelungen, ca. 2,5 Mio. € einzusparen.

Einsparungen, die direkt den kreisangehörigen Städten zu Gute kommen. Damit kommen wir erwartungsgemäß einer Grundforderung der Städte auf Rücksichtnahme nach, die diese in ihrer Stellungnahme zum Eckdatenpapier zum Ausdruck gebracht haben. Die Städte haben die Stellungnahme auch zum Anlass genommen, um grundsätzlich über ihre Haushaltssituation zu informieren und mich gebeten, den Kreistag diesbezüglich ins Bild zu setzen.

Zusammengefasst stellt sich die finanzielle Situation der zehn kreisangehörige Städte wie folgt dar:

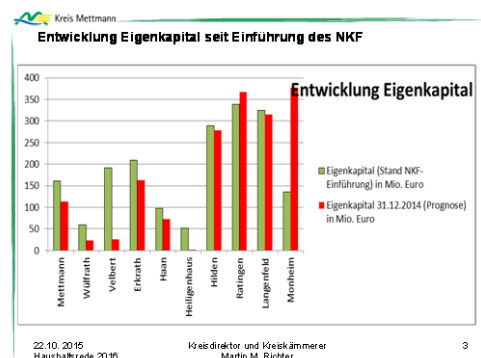
- 7 Städte erwarten 2015 teilweise erhebliche Ergebnisfehlbeträge; 2 Städte erwarten nur geringe Überschüsse;
nur die Stadt Monheim a.R. erwartet einen deutlichen Überschuss.
- Nächstes Jahr werden nur noch zwei Städte Überschüsse erwirtschaften können.
In vier Städten sind die Defizite sehr besorgniserregend, die Folge heißt Haushaltssicherung und Haushaltssanierung.
- Vier Städte haben bereits die Realsteuerhebesätze (Gewerbsteuer/Grundsteuer A und B) bedeutend erhöht.
Mettmann, Ratingen und Heiligenhaus haben die Grundsteuer B erhöhen müssen, Heiligenhaus beispielsweise auf um 90 %-Punkte auf 680 %-Punkte, Haan beispielsweise musste beide Grundsteuerarten und die Gewerbesteuer erhöhen
- In sechs Städten sind die Kassenkredite auf zusammen ca. 300 (!) Mio. Euro angestiegen.
- 8 Städte mussten seit NKF ihr Eigenkapital um zusammen rd. 400 (!) Mio. € verringern und erhebliche Substanzverluste hinnehmen.

Grafisch dargestellt, sehen die Überschüsse und Fehlbeträge wie folgt aus:

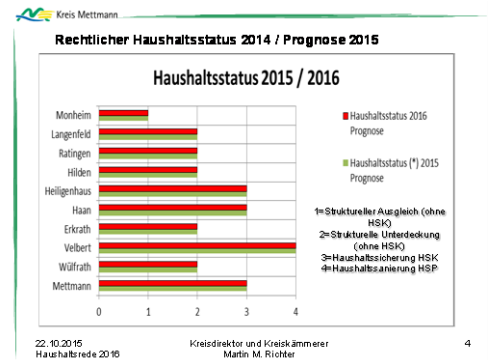


Ähnlich negative Entwicklungen lassen sich auch bei der Betrachtung der Eigenkapitalentwicklung ablesen. Insbesondere in den Städten Heiligenhaus, Velbert und Wülfrath hat sie ein bedenkliches Ausmaß angenommen.

Auch beim Haushaltstatus wird die derzeitige Situation deutlich.



Einzig Monheim am Rhein weist einen strukturellen Haushaltsausgleich auf. Heiligenhaus, Haan und Mettmann befinden sich in der Haushaltssicherung, Velbert gar in der Haushaltssanierung im Rahmen des Stärkungspaktes.



Auch wenn Sie die vorgetragene Situation wenig überraschen wird, so hat sie doch nachhaltige Auswirkungen auf die Haushaltsplanung des Kreises. Ich bin deshalb froh, dass wir auch mit dem heute eingebrachten Entwurf der schwierigen Lage der Städte weiterhin Rechnung tragen.

So hat der Kreis Mettmann in den vergangenen Jahren bereits 19,7 Mio. € Eigenkapital zur Entlastung der Städte eingesetzt:

Die derzeitige Prognose für 2015 auf der Grundlage des Finanzcontrollings zum 30. September gibt mir Anlass, etwas optimistischer auf das Jahresende zu blicken. In jedem Fall hat der Kreis seit 2010 deutlich über 20 Mio. € Eigenkapital zur Entlastung der Städte eingesetzt.

Kreis Mettmann

Rechnungsergebnisse 2010 – 2015:

Haushaltsjahr	Rechnungsergebnis
2010	- 272.906
2011	- 1.363.510
2012	- 827.304
2013	- 5.326.082
2014	- 10.993.793
2015 (Planung)	- 921.350
Summe	- 19.704.945

22.10.2015
Haushaltsrede 2016

Kreisdirektor und Kreiskämmerer
Martin M. Richter

6

Angesichts dieser imposanten Zahl ist aber auch klar, dass die zukünftigen Konsolidierungsbemühungen des Kreises nicht weiterhin zu Lasten unseres Eigenkapitals erfolgen können.

Folgende vier Eckpunkte markieren das Zielfeld dieses Haushaltsentwurfes.

- Rücksichtnahme auf die kreisangehörigen Städte
- Erhalt des Eigenkapitals, kein vermögensverzehr
- kein Kahlschlag bei den freiwilligen Aufgaben
- Erhalt der Schuldenfreiheit

Um dieses Zielfeld zu erreichen ist die weitere Konsolidierungsstrategie des Kreises auf drei Säulen aufgebaut:

- 1.) Die Haushaltssperre 2015
- 2.) Kurzfristige und strukturelle Einsparungen für den Haushaltsentwurf 2016
- 3.) Einrichtung der Finanzstrukturkommission bis zum Jahr 2020

Doch der Reihe nach.

zur ersten Säule, der Haushaltssperre

Ein Finanzcontrolling zur Jahresmitte ist grundsätzlich mit Vorsicht zu genießen. Häufig sind negative finanzielle Entwicklungen z.B. im Sozialbereich schon absehbar, viele finanzielle Verbesserungen aber noch nicht. Letztere kristallisieren sich häufig erst im Verlaufe des zweiten Halbjahres heraus. So liegt regelmäßig zur Jahresmitte eine überzeichnete Prognose zum Jahresende vor. Hier die richtigen Maßnahmen zu treffen, will sorgsam abgewogen sein. Dies habe ich getan und musste im Ergebnis feststellen, dass ein prognostiziertes Minus von rd. 5 Mio. € bei einem Ansatz von 0,9 Mio. € mir keine andere Wahl lässt, als eine Haushaltssperre zu verhängen. So soll der zusätzliche Eigenkapitalverzehr soweit es geht, eingedämmt werden. Die Haushaltssperre zeigt Wirkung.

Unser Haus hat auf die Verfügung schnell reagiert und einen Einsparbeitrag von 1,4 Mio. € gemeldet. Zwischenzeitlich liegt das Finanzcontrolling zum 30.09. hinter uns und die Erfolge meiner

Maßnahmen verfestigen sich. Die Prognose zum 30. September sieht inzwischen ein deutlich niedrigeres Defizit vor. Bei einem geplanten Defizit von 0,9 Mio. € und Ermächtigungsübertragungen von 1 Mio. € scheint die Gefahr, die Grenze zum pflichtigen Nachtragshaushalt zu reißen, gebannt.

Damit Sie mich richtig verstehen, jeder zusätzliche Eigenkapitalverzehr treibt mich um. Der Erhalt unseres Eigenkapitals stellt für mich – ebenso wie für den Kreistag – ein bedeutendes Ziel dar. Deswegen bin ich stolz auf dieses Haus, dass es uns so kurzfristig gelungen ist, das Ruder herumzureißen. Dies wird auch von den städtischen Kämmerern lobend wahrgenommen, denen sehr wohl klar ist, dass die fetten Jahre – wenn es sie denn gab – auch beim Kreis vorbei sind.

Zur zweiten Säule, den kurzfristigen und strukturellen Einsparungen für den Haushaltsentwurf 2016

Nachdem die ersten Haushaltszahlen im Sommer noch einen Kreisumlagehebesatz von 36,9% ergaben, ist es in einem im ersten Schritt gelungen, mit 36,7% und absolut 368,9 Mio. € das Verfahren zu Herstellung des Benehmens zu eröffnen.

An dieser Stelle möchte ich öffentlich meinen Dank an alle Beteiligten im Hause – von meinen Kämmerlingen und den Haushaltssachbearbeitern in den Fachämtern bis zu den Dezernentenkollegin und –kollegen in der Verwaltungskonferenz – für die solidarische Unterstützung beim Sparen ausdrücken. Meine Dezernatsgespräche mit den Haushaltsverantwortlichen waren – wie ich höre – freundlich aber nicht vergnügungssteuerepflichtig.

Unter Federführung der Finanzstrukturkommission ist es dann gelungen, innerhalb kürzester Zeit den Haushaltsentwurf um weitere 0,2%-Punkte und damit netto 2 Mio. € zu entlasten. Tatsächlich mussten sogar – wie erwähnt – 2,5 Mio. € eingespart werden, da sich zwischenzeitlich die Wohngelderstattungsleistungen des Landes um 0,5 Mio. € reduziert hatten.

Die Einsparungen sind im Wesentlichen auf folgende Maßnahmen aus verschiedenen Aufgabenbereichen zurückzuführen:

 Kreis Mettmann

Einsparungen zwischen Eckdatenpapier und HH-Einbringung

Bezeichnung	Einsparung
Einzelwertberichtigung	750.000
Ertragsverbesserung	370.000
Masterplan Neanderthal	350.000
Personalkostenverbesserungen	350.000
Ansatzreduzierung Hilfe zur Pflege	285.000
IT-Einsparungen	137.000
Verschiebung Wildgehege	77.000
Einsparung Straßenunterhaltung	50.000
Einsparungen Wirtschaftsförderung	38.000
Einsparungen Kreisjubiläum	30.000
Verschiebung Entlohnung Cafeteria (BK-Umlage relevant)	30.000
Einsparung bauliche Unterhaltung	24.000
Einsparung Reitwegenetz	20.000
Einsparung Kreiskulturmacht	17.000
Integrationskonferenz	10.000
Allgemeine Weiterbildung	10.000
Grundwasserstandsstellennetz	10.000
Tourismus	8.000
Summe	2.566.000

22.10.2015
Haushaltsende 2016 Kreisdirektor und Kreiskämmerer Martin
M. Richter

Lassen Sie mich Ihnen erläutern, was sich hinter den einzelnen Einsparungen verbirgt.

Ansatz für Wertberichtigung

Die Jahresabschlüsse des Kreises sind in den letzten Jahren auch durch Wertberichtigungen, d.h. Absetzung von Forderungen, deutlich negativer ausgefallen als geplant. Daher muss hier zukünftig ein Ansatz vorgesehen werden. Dieser ist aber im Vergleich zum Eckdatenpapier deutlich reduziert worden.

Von – gemessen an den Vorjahreswerten – ursprünglich 1 Mio. € geplanten Wertberichtigungen verbleiben noch ca. 250.000 € im Haushaltsentwurf 2016. Damit sind 750.000 € abgesetzt.

Ertragsverbesserungen

Zur Entlastung der ka. Städte wurden alle Ertragspositionen nochmals auf Potenziale überprüft. Diese Ertragsanpassung geht mit einem erhöhten aber noch vertretbaren Risiko einher, dass die Erträge nicht in voller Höhe eingehen. Insgesamt konnten so bei den Kostenbeteiligungen Dritter, den Erträgen aus Stromverkauf, den Bußgeldern, diversen Gebührentatbeständen und bei aktivierten Eigenleistungen 370.000 € zusätzlich etatisiert werden.

Verschiebungen von konsumtiven Ansätzen beim Masterplan Neanderthal in investive Ansätze

Durch intensive Verhandlungen mit den vom Masterplan betroffenen Eigentümern konnten ursprünglich konsumtive Maßnahme-Bausteine investiv umgeplant werden. Dieser einfache Satz bedingt komplizierteste Verhandlungen mit den Beteiligten und mein Lob gilt ausdrücklich den Verantwortlichen im Planungs- und im Liegenschaftsamt, die diese zusätzliche Arbeit mit ihren Teams geschultert haben.

Die im Haushaltsentwurf berücksichtigten Ansätze für den Masterplan und die vorgesehenen Maßnahmen werden wir im Rahmen der Haushaltsberatungen sicherlich noch diskutieren.

Personalkostenverbesserungen

Auch der Personaletat muss einen weiteren zusätzlichen Beitrag liefern. Durch die Verschiebung von vorgesehenen Stellenbesetzungen soll eine weitere Einsparung von ca. 350.000 € generiert werden. Dies verlangt dem Haus eine enorme Kraftanstrengung ab.

Ansatzreduzierung der Hilfe zur Pflege

Die Hilfe zur Pflege ist aufgrund der demografischen Entwicklung durch deutliche Steigerungen gekennzeichnet. Zwischenzeitlich zeichnet sich aufgrund einer aktualisierten Prognose ab, dass die für 2016 vorgesehene drastische Ansatzsteigerung leicht um 285.000 € reduziert werden kann.

IT-Einsparungen

Als Kämmerer fällt es mir leicht, Einsparungen zu fordern. Als zuständiger IT-Dezernent bin ich mir bewusst, wie zweischneidig Einsparungen im Bereich der Informationstechnik sein können, zumal sie sich nicht nur im Amt 16 abbilden, sondern das ganze Haus betreffen. Wir müssen stets die Zukunftsfähigkeit der Verwaltung im Blick behalten. Diesen Zweiklang beachtend werden im Vergleich zum Eckdatenpapier 137.000 € bei der IT eingespart. Hieraus resultieren für das Jahr 2016 deutliche Standardreduzierungen innerhalb der Kreisverwaltung. Nutzungsdauern werden erhöht, Ersatzbeschaffungen hinausgezögert.

Verschiebung Wildgehege

Für viele von uns stellt das Neandertal einen identitätsstiftenden Faktor dar. Das Neandertal kennt jedes Schulkind in ganz Deutschland. Wir haben viele Pläne mit diesem kulturhistorisch bedeutenden Ort. Aber auch hier müssen wir der Haushaltssituation Rechnung tragen.

Der Neandertalhof mit inkludierter Wisentzucht wird zunächst um 1 Jahr nach 2017 verschoben. Dies hat insbesondere in Höhe von 0,9 Mio. € investive Auswirkungen. Konsumtiv können durch diese Einsparmaßnahme 77.000 € in 2016 eingespart werden.

Einsparungen Unterhaltungsaufwendungen

Im Bereich des Liegenschaftsamtes erscheint es vertretbar, 74.000 € für Unterhaltungsmaßnahmen bei Bauten und Straßen einzusparen.

Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaftsförderung stellt in den letzten Jahren einen der am meisten durch die Städte kritisierten Bereiche dar. Während wir uns mit Sicherheit hier im Kreistag einig sind, dass die Grund-

funktionen der Wirtschaftsförderung von hoher Bedeutung sind, gilt es auch hier kritisch zu schauen, an welchen Stellen gespart werden kann.

Daher schlägt die Verwaltung vor, die Veranstaltung „Komm auf tour“ zu streichen. Des Weiteren konnten Aufwendungen für das Startercenter sowie das Netzwerk W eingespart werden.

Einsparungen Kreisjubiläum

Im Jahr 2016 feiert der Kreis Mettmann sein 200-jähriges Jubiläum. Ein Termin, der auch für mich etwas ganz Besonderes ist. Allerdings müssen die zu diesem Anlass vorgesehenen Feierlichkeiten aufgrund der Haushaltssituation deutlich reduziert werden. Im Ergebnis führt dies zu einer Einsparung von 30.000 €.

Keine Sorge, wir werden dem Anlass entsprechend schon einen gebührenden Rahmen finden, halt nur etwas kleiner.

Verschiebung Ertüchtigung Cafeteria (BK-umlagerelevant)

Die Schulpolitik hat für den Kreistag seit jeher eine herausragende Bedeutung. Auf den Zustand unserer BKs können wir stolz sein. Sinnvolle pädagogische Konzepte werden wir nicht in Frage stellen.

Angesichts der Erfahrungen mit der Mensa Mettmann ist die Verwaltung jedoch der Meinung, dass die Verpflegungssituation am BK Niederberg in diesen Zeiten nicht, nicht sofort und nicht in dem dem Fachausschuss vorgestellten Umfang überarbeitet werden muss.

Ich bin davon überzeugt, dass es den Schülerinnen und Schülern zugemutet werden kann, wenn wir von der im Eckdatenpapier erwähnten Ertüchtigung zunächst absehen.

Insgesamt ergibt sich hierdurch ein Einsparvolumen von beinahe 800.000 €.

Sonstige Einsparungen

Weitere Einsparungen beim Reitwegenetz, durch den Verzicht auf die Museumsnacht, durch die nun nur noch alle zwei Jahre stattfindende Integrationskonferenz sowie Reduktionen bei der allg. Weiterbildung und dem Grundwassermessstellennetz summieren sich auf 67.000 €. Hinzu kommen noch 8.000 € im Bereich Tourismus durch den Verzicht auf die Maßnahme „Neanderland-Originale“.

Meine Damen und Herren, diese ausführliche Auflistung kann und will ich Ihnen nicht ersparen. Seitens der Verwaltung haben wir unsere Hausaufgaben gemacht, um den kreisangehörigen Gemeinden entgegen zu kommen. Wir haben uns für schmerzhafteste Streichungen entschieden und den Weg der Konsolidierung ambitioniert fortgesetzt.

Zur dritten Säule, der Einrichtung der Finanzstrukturkommission bis zum Jahr 2020

Um weitere Einsparpotenziale zu erarbeiten, hat der Landrat die Finanzstrukturkommission unter meiner Leitung eingesetzt. Die Finanzstrukturkommission wird der Verwaltungskonferenz Vorschläge für weitere strukturelle Einsparungen unterbreiten. Erarbeitet werden die Grundlagen dafür von der Arbeitsgruppe Finanzstruktur unter der Leitung des Kämmerer-Abteilungsleiters Herrn Schölzel. Die Finanzstrukturkommission ist bis 2020 angelegt und soll somit langfristig Wirkung erzielen.

Erste Erfolge konnten bereits zur Einbringung des Haushaltsentwurfes erreicht werden. Eine nun in Vorschläge und Konzeptionen umzusetzende Maßnahmenliste mit 10 Ansatzpunkten für weitere Einsparungen ist gerade von der Verwaltungskonferenz verabschiedet worden.

Sie alle werden von der Finanzstrukturkommission keine Wunder erwarten.

Ich bin aber der festen Überzeugung, dass wir es erst richtig machen, wenn wir uns überhaupt fragen, ob wir das Richtige machen und ob wir das, was wir tun richtig machen. Genau mit diesen Fragen wird sich die Finanzstrukturkommission befassen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass weitere Einsparpotenziale gehoben werden können.

Lassen Sie mich auf die Rahmendaten des Haushaltes zu sprechen kommen.

Es sind fünf maßgebliche Faktoren, die den Haushalt 2016 im Vergleich zum Laufenden prägen:

1. Es stehen keine Ausgleichsrücklagemittel mehr zum fiktiven Haushaltsausgleich zu Verfügung
2. Die Umlagegrundlagen sinken
3. Das Niveau steigt erheblich, wie es durch die heutige Beschlussfassung zu den überplanmäßigen Aufwendungen deutlich wird
4. Die Sozialaufwendungen steigend weiterhin massiv und
5. Der Personaletat.

Der erste der fünf Faktoren erklärt sich von selbst.

Nach den Jahren, in denen wir den Abbau der Ausgleichsrücklage für den fiktiven Haushaltsausgleich eingeplant haben, ist diese nur leer.

Der zweite maßgebliche Faktor sind die sinkenden Umlagegrundlagen, sie sinken um 34 Mio. € von 1.039 Mio. € auf 1.005 Mio. €. Weiterhin sind die Umlagegrundlagen im Kreis Mettmann damit auf einem sehr hohen Niveau.

Die darauf aufbauende Kreisumlage beträgt bei einem Hebesatz von 36,5% ca. 366,9 Mio. €. Damit liegt eine nominale Erhöhung der Kreisumlage von 12,3 Mio. € vor. Alleine aus den verringerten Umlagegrundlagen resultiert die Hälfte der Umlagesteigerung, 1,2%- Punkte der Kreisumlageerhöhung von 2,4 %-Punkten.

Die 12,3 Mio. € Kreisumlageerhöhung errechnen sich wie folgt:

Ursachen für die Kreisumlageerhöhung 2016	
Erhöhung Zuschussbedarf Kreishaushalt (ohne LVR)	16,5 Mio. €
Fehlende Ausgleichsrücklage	<u>1,0 Mio. €</u>
Zwischensumme	17,5 Mio. €
Landschaftsumlagesenkung	<u>- 5,2 Mio. €</u>
Erhöhung Kreisumlage	12,3 Mio. €

22.10.2015
Haushaltsrede 2016

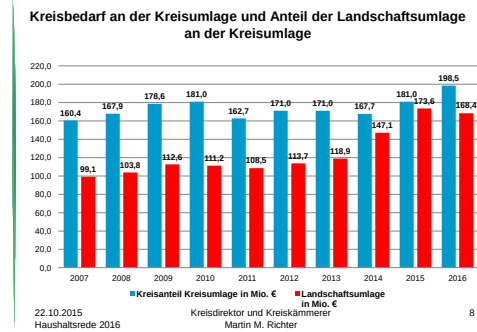
Kreisdirektor und Kreiskämmerer
Martin M. Richter

5

Um der Legendenbildung vorzubeugen.

Die Landschaftsumlagereduzierung ergibt sich rein rechnerisch auf Basis der verringerten Umlagegrundlagen und einem leicht erhöhten Hebesatz. Der LVR spart nach meiner Wahrnehmung noch lange nicht, jedenfalls nicht genug. Gegenüber dem LVR werden wir geltend machen, die 45 Mio. €, die der Landschaftsverband durch landesweit gestiegene Umlagegrundlagen und höhere Schlüsselzuweisungen erhält, an die Kommunen herauszugeben, also den Hebesatz zu senken, statt ihn – wie im Doppelhaushalt 2015/2016 beschlossen – zu erhöhen.

Der Anteil der Landschaftsumlage an der Kreisumlage stellt sich wie folgt dar:



Als drittes prägt das gestiegene Niveau des laufenden Haushalts 2015 den Haushaltplan 2016. Für das laufende Jahr muss der Planansatz mit einem Zuwachs von 4,1 Mio. € fortgeschrieben werden.

Heute steht unter den Tagesordnungspunkten 10 und 11 die Beschlussfassung an, Haushaltsmittel für überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Hilfe zur Pflege und die Eingliederungshilfe zur Verfügung zu stellen.

Gleiches Thema, vierter maßgeblicher Faktor ist der Bereich mit der seit Jahren größten Steigerung, der Sozialetat.

- Die Hilfe zur Pflege und das Pflegegeld steigen im Aufwand um rd. 3,9 Mio. € zum Vorjahr.
- Die Aufwendungen für die Eingliederungshilfe steigt um 3,5 Mio. €.
- Die allerdings vollständig durch den Bund refinanzierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung steigt ebenfalls um 3,5 Mio. €.
- Die Hilfe zum Lebensunterhalt steigt um 1,3 Mio. €.
- Die Aufwendungen für die Grundsicherung für Arbeitssuchende steigt um 3,0 Mio. € - auf knapp 100 Mio. € allein für die Kosten der Unterkunft.

Mit Blick auf den schnell wachsenden Neuzugang an Flüchtlingen im Rechtskreis des SGB II habe ich meinen Kolleginnen und Kollegen in der Kämmererkonferenz bereits mitgeteilt, was ich heute wiederhole:

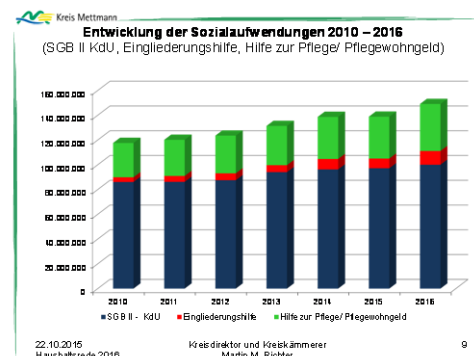
Ich werde Ende November eine weitere Prognoserechnung durchführen, um zu überprüfen, ob die derzeit hinterlegten Steigerungsszenarien noch haltbar sind. Ich muss mir vorbehalten, noch zur letzten Kreisausschusssitzung im Dezember einen Veränderungsantrag vorzulegen und den KdU-Ansatz anzupassen. Das gleiche gilt für das erste Halbjahr 2016, wenn sich unsere Annahmen nicht halten lassen.

Dabei verkenne ich nicht, dass der Großteil der zukünftig leistungsbeziehenden Flüchtlinge erst im Laufe des kommenden Jahres bzw. zum Ende des Jahres und in den Folgejahren im Leistungsbezug erwartet wird.

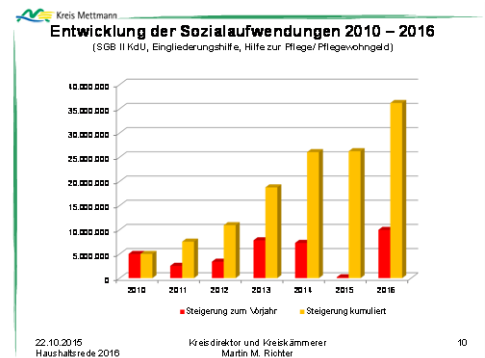
Insgesamt habe ich Ihnen gerade Aufwandssteigerungen von 15,2 Mio. € aufgezählt.

Ich schließe mich ausdrücklich dem Landrat an und sage Ihnen hier und heute: „Wenn wir uns nicht schlaue Dinge einfallen lassen, wenn nicht der Bund und das Land die Erstattungssituationen neu und zu Gunsten der Kommunen regeln, wird die kommunale Familie in relativ kurzer Zeit überfordert sein.“

Nur für die drei großen Leistungen, der Hilfe zur Pflege (einschließlich Pflegegeld), der Eingliederungshilfe und den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II sieht die Entwicklung im Aufwand wie folgt aus:



Jährliche Steigerungsraten - allein in diesen drei Bereichen – von 5 bis fast 10 Mio. € prägen die Diskussion um den steigenden Umlagebedarf des Kreises.



Viele weitere Informationen können Sie dem umfangreichen Werk vor Ihnen entnehmen.

Der fünfte und letzte maßgebliche Faktor sind die Personalaufwendungen. Das Personalbudget steigt im Jahr 2016 um 2,9 Mio. €. Hier ist die vollständige Besoldungserhöhung berücksichtigt. Die noch auszuhandelnde Tarifierhöhung ist mit zunächst 1% - den Orientierungsdaten des Landes entsprechend - eingeplant. Insgesamt sind hier 0,8 Mio. € berücksichtigt. Alleine 1 Mio. € entfällt auf die Pensions- und Beihilferückstellungen, die im letzten Jahresabschluss deutlich angestiegen sind. 0,5 Mio. € korrespondieren mit zusätzlichem Personal im Jobcenter. Zudem ist der Stellenplan 2016 mit 21,68 Mehrstellen moderat mit 0,6 Mio. € eingeplant worden.

In mehreren VK-Durchgängen wurden die durchaus gut begründeten Anforderungen der Fachämter von über 40 neuen Stellen zurückgestutzt. Was bleibt, kann die Verwaltung Ihnen wie auch den Städten gegenüber gut vertreten.

Ich will nur zwei, drei Beispiele nennen, die Sie der vor Ihnen liegenden Vorlage entnehmen können.

- Achteinhalb Stellen für die vom Kreistag und den Stadträten beschlossene Änderung der Förderschulstruktur.

- Viereinhalb Stellen in der Ausländerbehörde, davon zwei kostenneutral.

- Mit Blick auf 100 Mio. € KdU-Aufwand drei Stellen, um den Kostenaufwuchs zu begrenzen.

- Über die Stelle in der Traumaambulanz haben Sie bereits im Sommer befunden.

Landrat Hendele hat unter dem Stichwort Flüchtlinge – aktuelle Lage und künftige Entwicklungen“ die Herausforderungen beschrieben

Nicht nur bei den Kosten der Unterkunft, sondern auch bei den Personalerfordernissen müssen wir uns vorbehalten, zum Jahresende das Thema Stellenplan oder zumindest das des Personalbudgets noch einmal aufzurufen.

Erwähnen darf ich noch, dass weiterhin investive Maßnahmen und die Zahlungsfähigkeit ohne Aufnahme von Kreditmarktmitteln gewährleistet werden.

Lassen Sie auch mich zum Schluss noch ein paar Worte zur Solidarität innerhalb eines Kreisgebietes verlieren.

Die kreisangehörigen Städte haben sich in der Vergangenheit und auch heute über die Kreisumlage solidarisch zu einander – auch gegenüber Monheim am Rhein - verhalten.

Ich will aus dem Bereich der freiwilligen Aufgaben exemplarisch auf das Sportstätten-Investitions-Förderprogramm des Kreises verweisen und aus dem pflichtigen Bereich darf ich beispielsweise auf den Aufwand im Harz-IV-System hinweisen.

Die Kreisgemeinschaft trägt und bezahlt mit, dass in den Städten der jeweilige Harz-IV-Anteil an der Bevölkerung unterschiedlich hoch ist. So sind in Langenfeld, Haan und Wülfrath zwischen 5,6 % und 6,4 %, im Kreisdurchschnitt knapp 7,9 % der Bevölkerung Leistungsempfänger nach dem

SGB II und in Monheim am Rhein sind es über 11 %. Deren Heizkosten liegen übrigens etwa 60 % über den kreisdurchschnittlichen Heizkosten.

Pro Einwohner wenden wir in Monheim für die Kosten der Unterkunft im Harz-IV-System 370 € pro Jahr auf; ein Spitzenwert, den Langenfeld mit etwa der Hälfte, nämlich 187 € pro Einwohner ebenso solidarisch mit bezahlt, wie Wülfrath mit 191 € pro Einwohner.

Dass Monheim a.R. zeitgleich das Eigenkapital durch enorme Jahresüberschüsse auf 325 Mio. € erhöht, die Gewerbesteuer auf 265 %-Punkte herabsetzt und mit der Gewerbesteuerkraft von 10x so großen Ruhrgebietskommunen meint, die Förderschulanteile im Rahmen der Kreisumlage nicht übernehmen zu können, erscheint zumindest befremdlich.

Landrat Hendele hat unseren Standpunkt dazu soeben deutlich vertreten.

Ganz zum Schluss bedanke ich mich ausdrücklich bei meinem Kämmererleiter, Herrn Breitsprecher und seinem engagierten Team und wünsche Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Kreistagsabgeordnete intensive aber auch angenehme und erfolgreiche Haushaltsberatungen.

 Kreis Mettmann

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!